

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Rumbold, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 4111. — Für Inserate 1918. für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 418.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7 gespaltene Kolonelle 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restantenteil 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 98.

Magdeburg, Sonnabend den 27. April 1918.

29. Jahrgang.

Liefert die Ukraine?

Im Hauptauschuß des Reichstags hat es am Donnerstag eine wichtige Verhandlung gegeben. Es wurden zahlreiche Beschwerden vorgebracht und insonderheit erwähnt, daß die Hoffnungen, die von amtlicher Seite auf die Getreideversorgung durch die Ukraine gesetzt worden sind, fehlerhaft sind. Die meisten Abgeordneten schoben die Schuld daran den falschen Maßnahmen der Militärbehörden zu. Schließlich kam Krisenstimmung in den Ausschuß, so daß beschlossen wurde, am Freitag eine neue Sitzung abzuhalten und den Reichstagskanzler zu ersuchen, dazu zu erscheinen.

Wir geben über die Sitzung den folgenden Bericht, der aus erklärlichen Gründen nicht ausführlich sein kann:

Abg. Scheidemann: Ueber die Tätigkeit des Kriegspresseamts könne kein Zweifel bestehen: es sei bestrebt, die Presse zu einem geistigen Werkzeug gewisser Kreise zu machen. Die Obergerichtsstelle drehe jeden Tag einen neuen Kreis für die Presse. Charakteristisch sei, daß man sogar die Veröffentlichung einer vom elstg-lobbrühenden Landtag beschlossenen Resolution unterdrückt habe. Die Militärbehörden machen

eine Dummheit nach der andern

und verbieten dann der Presse, darüber zu berichten. Die Vorgänge in den besetzten Gebieten im Osten sind sehr bedenklich. Der Krieg darf nicht in einen Eroberungskrieg umschlagen. Nach allen Nachrichten, die zu uns dringen, haßt das Militär in diesen Gebieten in einer Weise, die nicht zu billigen ist, wie es auch eine große politische Unklugheit bedeutet, eine Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen, von der man etwas zu bekommen hofft. In der Ukraine nimmt man direkt die Interessen der Großgrundbesitzer wahr und hat damit bereits den Protest der Kaba ausgelöst. Gegen diese Eigenmächtigkeit muß ein Einspruch erhoben werden, wie auch dagegen, daß man deutsche Soldaten als Polizeitruppe verwendet. Auf Veranlassung der Militärverwaltung hindert man die Vertreter der östlichen Völker, nach Berlin zu kommen. Mit dem Verbot der Reisen deutscher Abgeordneter in diese Gebiete will man zweifellos einen Meinungsaustrausch verhindern. Vertreter Litauens, die in Berlin waren, sind betanlagt worden, schleunigst wieder abzureisen, angeblich, um an einer Feier in Wilna teilzunehmen, die gar nicht stattgefunden hat. Jetzt aber verweigert man ihnen die Pässe. Man muß verlangen, daß dem Reichstag endlich gesagt wird, welche Ziele wir in Finnland verfolgen. Wie sieht es insbesondere auch mit den Todesurteilen, die in Belgien von den Militärgerichten gegen Personen gefällt worden sind, die in der Internationale eine Rolle spielen. Redner fordert dann noch genaue Auskunft über den

englischen Angriff auf Zeebrügge.

Der Reichstag hat das Recht, die ungeschminkte Wahrheit zu erfahren.

Abg. v. Graefe bezeichnet die Verhältnisse in der Ukraine als sehr unerfreulich. Um aber die von der ukrainischen Regierung übernommenen Pflichten sicherzustellen, sei militärische Unterstützung der dortigen Regierung notwendig. Redner meint dann, daß Abgeordnete, die in die besetzten Gebiete reisen, diese Reisen nicht dazu benutzen dürfen, um für ihre Ideen Propaganda zu machen.

General v. Wrisberg setzt auseinander, daß die Regierung der Ukraine nicht die ausreichende Macht hat, um die im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung, uns Getreide zu liefern, durchzuführen. Daraus erklärt sich unter militärischen Eingriffen. Der Auftrag des ukrainischen Ackerbauministers, das Land zu besetzen, ist von den Einwohnern nicht befolgt worden, und deshalb ist es notwendig, einen gewissen Zwang auszuüben. Auf die Anfrage Scheidemanns bemerkt er, daß der sozialistische Senator in Antwerpen wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil unterliegt der Bestätigung durch den Kaiser. Der andere Belgier dagegen ist nicht zum Tode verurteilt worden. Auf einen Wunsch von konservativer Seite erklärte Redner, daß man bei der Verabschiedung von Offizieren mit größter Rücksicht vorgehe. General v. Oden teilt mit, daß die Abfertigung des mobilen Offizieren eine Leistungszulage zu gewähren, genau so, wie sie den immobilen Offizieren bereits seit dem 1. Januar 1918 gezahlt wird.

Abg. Müller (Meiningen): Weshalb ist es verboten, daß Abgeordnete nach dem Osten gehen? In der Ukraine liegt der Fehler darin, daß man unsere dortige diplomatische Vertretung völlig aus-

geschaltet hat. Der Erfinder der deutschen Tanks, ein gewisser Göbel, ist von Anfang an mit Mißtrauen behandelt worden, jetzt hat er Konkurs anmelden müssen, obwohl man seine Ideen verwendet hat. Diesen Mann darf man nicht hilflos im Stiche lassen. Die Berichte über den Ueberfall auf Zeebrügge entsprechen nicht den Tatsachen.

Kriegsminister v. Stein geht auf den Fall Göbel ein. In Mitteln zur Ausführung seiner Ideen hat es dem Erfinder nicht gefehlt, aber er hat nichts fertiggestellt.

Admiral Göttinghaus gibt ein Bild von dem Angriff auf Zeebrügge.

Es handelt sich bereits um den fünften derartigen Angriff. Diesmal war das Wetter den Engländern günstig. Auf den Angriff war die deutsche Marine vorbereitet, denn mit einer solchen Möglichkeit mußte dauernd gerechnet werden. Die Engländer kamen unter dem Schutze einer künstlichen dichten Nebelwand. So konnte ein Boot direkt an die Mole kommen, das sofort scharf beschossen wurde. Von den etwa 1000 Engländern kamen nur 40 auf die Mole. Militärische Anlagen sind nicht zerstört worden. Der Angriff wurde reitlos abgeschlagen. Beim Eingang der Mole liegen verrostete Fahrzeuge, ohne daß damit die Einfahrt in den Kanal verhindert werden konnte. Die gegen Ostende angelegten Fahrzeuge haben ihr Ziel überhaupt verfehlt. Die Durchführung des U-Boot-Kriegs ist nicht behindert. Der englische Bericht ist durchaus falsch.

Abg. Gathein (Kortjohr, Rh.) bespricht die Angaben über unsere Verluste und polemisiert dann gegen die vertraulichen Ausführungen des Oberleutnants Kouth über unsere Rohstoffversorgung. Bei der Sprengung wird geradezu eine Verschwendung mit menschlicher Arbeitskraft getrieben. Die Vorgänge in den östlichen Randstaaten können uns nur mit dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit erfüllen.

Abg. Koske (Soz.): In Birtareff über 1500 deutsche Offiziere, für die 51 Rafinos bestehen. Beim Friedensschluß mit der Ukraine ist mit keinem Worte von dem Verfahren gesprochen worden, das jetzt angewendet wird. Der Reichstag darf nicht ruhig zusehen, wie ihm die besten Suppen eingebracht werden. Die öffentlichen Einrichtungen in der Ukraine werden von der militärischen Leitung direkt beschlagnahmt. Man bezieht es in Anweisungen an die Offiziere zur Instruktion für die Mannschaften als Aufgabe, die

demokratischen Einrichtungen zu beseitigen.

Gegen diesen Vorkriegsstand wenden sich unsere Soldaten. Redner kritisiert dann den Erlaß, der die Reisen von Abgeordneten nach den östlichen Gebieten verbietet, angesichts der Tatsache, daß Prinz Heinrich von Preußen dort eine umfassende politische Tätigkeit entfaltet. Die Reiserungen eines litauischen Vertreters lassen erkennen, daß den Abgeordneten jeder Einfluß verweigert werden soll.

Abg. Scheidemann (Soz.) beantragt, die Verfügungen des Generals Eichhorn dem Ausschuß vorzulegen. Dieser Antrag wurde von Fortschrittlern und Zentrum unterstützt.

Abg. Erzberger (Ztr.): Mit dem Vorgehen in der Ukraine schädigt man direkt das Ansehen Deutschlands. Der Reichstag hat nach der Verfassung das Recht, bei der Vorbereitung von Friedensverträgen mitzuwirken. Der Standpunkt sei unhaltbar, daß ein einzelner Mann, das Recht haben solle, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Tausende von Offizieren werden lediglich mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung beschäftigt.

Abg. Ledebur (Unabh. Soz.) sagt, daß das deutsche Vorgehen in der Ukraine geradezu einen Vertragsbruch darstelle. Man hat damit nur erreicht, daß man sich die ukrainischen Landwirte zu Feinde gemacht hat. Woraus beruhe das Recht zum Einrücken in die Krim? Aus Finnland liegen die bedenklichsten Nachrichten vor. Wir kommen dort zu den gleichen Verhältnissen wie in der Ukraine.

Abg. Müller (Meiningen, Fortschritt. Sp.) beantragt, die Verhandlungen über die Anweisungen des Generals v. Eichhorn nächste Woche in Anwesenheit des Reichstagskanzlers fortzusetzen.

Abg. Scheidemann (Soz.) schließt sich diesem Antrag an. Kriegsminister v. Stein hat von den Anweisungen Eichhorns keine Kenntnis, will sie aber beschaffen.

Die Ukraine ist am Donnerstag auch im Preussischen Abgeordnetenhaus erwähnt worden. Der Staatskommissar und Leiter des Kriegsernährungsamts v. Waldow gab eine Erklärung über die

Lage unserer Ernährung

ab, aus der wir die wesentlichen Sätze angeben:

Mit unserer Brotversorgung sind wir bis zur neuen Ernte allerdings auf Zuschüsse aus der Ukraine angewiesen. Hoffentlich treffen sie rechtzeitig ein. Alles ist vorbereitet. Die ukrainische Regierung hat sich verpflichtet, bis zum 31. Juli 1 Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Mittelmächte haben sich vorbehalten, soweit und wo die ukrainische Einkaufstätigkeit verjagt, eigene Organisationen zu errichten. Das wird im Mai geschehen. Der Einkauf konnte erst beginnen, nachdem das Land in gewissem Grade pazifiziert ist. Die verbündeten Truppen haben die wichtigsten Getreidegebiete erreicht, die Haupttransportlinienpunkte besetzt und unter ihrem Schutz kann der Einkauf beginnen. Die militärische Organisation des Transports gewährleistet uns wohl, daß wir gewisse Mengen hereinbekommen. Wieviel, ist noch nicht zu übersehen. Es besteht kein Grund zur Besorgnis. Wir werden selbstverständlich mit unserer Brotversorgung durchkommen, aber die Entwicklung der ukrainischen Verhältnisse ist mit großer Vorsicht zu beobachten.

Nach der Bestandsaufnahme sind bei uns noch 750 000 Tonnen Getreide ermittelt und erfasst worden. Ich würde meine Pflicht veräumen, wenn ich diese Menge nicht erfassen wollte. Gärten haben sich diejenigen zuzuschreiben, die nicht rechtzeitig abgeliefert haben.

Die Fremdenverkehrsordnung ersetzt die nicht immer die allgemeinen Verkehrsverhältnisse berücksichtigenden Anordnungen der Kommandierenden Generale; die einzelnen Anordnungen bedürfen der Zustimmung des Kriegsernährungsamts. Zu einem Aufenthalt bis 4 Wochen braucht man kein ärztliches Zeugnis.

Der Gleichhandel kann so nicht weitergebildet werden, er entzieht solche Mengen der öffentlichen Versorgung, daß die Volksernährung gefährdet wird. Es muß richtig sein, wenn die Speisefaktoren der Getreide- und Kartoffelversorgung werden wie in jedem Haushalt.

Wir hatten 1915 eine Mähernte an Getreide und Hafer, 1916 eine schwere Mähernte an Kartoffeln, 1917 eine ebensolche an Futtergewächsen und eine sehr geringe Kartoffelernte. Wenn wir jetzt auch nur eine Mittelernte erzielen, so wird mit den Zuschüssen aus Rumänien unsere Volksernährung im großen und ganzen gut gesichert sein.

Waldow hofft auf die Zuschüsse aus der Ukraine, ohne die wir mit unserer Brotversorgung bis zur neuen Ernte nicht durchkommen könnten. Im Reichstag ist man pessimistischer und erklärt, daß es nichts oder wenig geben würde, wenn in der Ukraine so weiter dekretiert würde wie bisher. Es muß sich herausstellen, wer im Rechte ist.

Neben der Frage, inwieweit das Vorgehen der militärischen Behörden in der Ukraine politisch und sachlich durch Nützlichkeit und Notwendigkeit gerechtfertigt wird, wurde zum Schluß im Hauptauschuß des Reichstags mit besonderer Erregung eine Instruktion besprochen, die „zum Dienstgebrauch der Offiziere“ bestimmt sein soll. Darin sollen die stärksten Angriffe gegen den Reichstag enthalten sein. Der Abgeordnete Gaaz regte an, das eigenartige Schriftstück vervielfältigen zu lassen, um jedem Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, den erstaunlichen Inhalt kennenzulernen. Dem Kriegsminister war von dem Bestehen dieses Schriftstücks nichts bekannt.

Der Reichstag zeigte sich entschlossen, der Sache auf den Grund zu gehen. Deshalb wird beabsichtigt, eine eigene Sitzung in Gegenwart des Reichstagskanzlers anzuberaumen, um die Verantwortlichkeit festzustellen und für Abhilfe zu sorgen.

Die Entwicklung in der Ukraine haben wir vorhergesagt in den Tagen, als die ganze bürgerliche Presse im ukrainischen Weizen unterging. Es gehört keine Prophetengabe dazu, um herauszufinden, daß man sich auf die deutsche Art dort keine Freunde gewinnt. Auch auf die Einflußlosigkeit und Machtlosigkeit der Kaba haben wir damals hingewiesen. Aber unsere Rufe wurden nicht beachtet. Man schwamm wie so oft in den bürgerlichen Kreisen in eitel Wonne und wacht jetzt erst auf —

Der Angriff auf Zeebrügge.

Der große englische Angriff auf die deutschen Stützpunkte an der flandrischen Küste ist auch im Hauptauschuß des Reichstags behandelt worden. Der obige Artikel gibt darüber Auskunft, soweit diese möglich ist. Der Vergleich des deutschen mit dem englischen Bericht hat offenbar in Reichstagskreisen Unruhe erzeugt. Demgegenüber werden nun die

Angaben eines Augenzeugen

der Kämpfe veröffentlicht, die sich mit dem australischen deutschen Bericht decken. Wir geben ihn im wesentlichen wieder:

Die Nacht vom 22. zum 23. April ist dießig und anstöhnig. Ein heftiger Regen fällt. Nach Mitternacht Flugzeuge über Strand und Zeebrügge. Abwehrfeuer, Bomben tragen. Ein neuer Ton: das langgezogene Heulen der Wer Geschosse der englischen Kanonen. Die deutschen Küstenbatterien nehmen das Feuer auf. Aber das offene Meer verdrängt wie unter einem dichten Schirm; das machen die künstlichen Nebelwälder der feindlichen Schiffe. Mit einem Male zittert der mächtige Quaderbau der

Mole unter jähem Schlägen.

Ein mit Explosivstoffen gefülltes englisches U-Boot ist gegen die Mole gefahren; ein Teil der Mole brüchig, welche die eigent-

liche Mole mit dem Festland verbindet, fliegt in die Luft. Für den Augenblick ist jede Verbindung mit dem Land abgeschnitten. Bergschiff steigen Leuchtstrahlen und weissen Wasserapparate ihre Lichtbündel. Der Nebel ist zu dicht.

Die Wache steht hinter der mehrfachen Brüstung der Holzmaner. Da taucht wie ein Geisterschiff der englische Kreuzer aus dem Nebel. Schon ist er an der Mole im toten Winkel. Die Maschinengewehre rattern, die kleinen Maschinengewehre finden rasch das Gezielte auf Gezielte auf das Deck des feindlichen Kreuzers, das schwarz ist von Menschen. Von den 400 Royal Marines weiß jeder einzeln, daß es gilt.

zu siegen oder zu sterben.

Unter dem tödlichen Hagel der Maschinengewehre werden Leitern und Laufstege gegen die Molenwand geworfen, die Verwegensten Leitern hinauf, die Kompanieführer an der Spitze, von denen bleiben drei tot auf der Mole. Wilder Kampf im Nebel um die zitternde Mauer mit Bajonett, Messer, Faust und Sägen. Von 40 Engländern kommt keiner lebend zurück. Das Deck des Kreuzers schwimmt in Blut. Der Engländer wirft wieder ab. Der Versuch, die Seeflugstation und die andern Einrichtungen der Mole durch handstreichartigen Ueberfall zu zerstören, ist gescheitert.

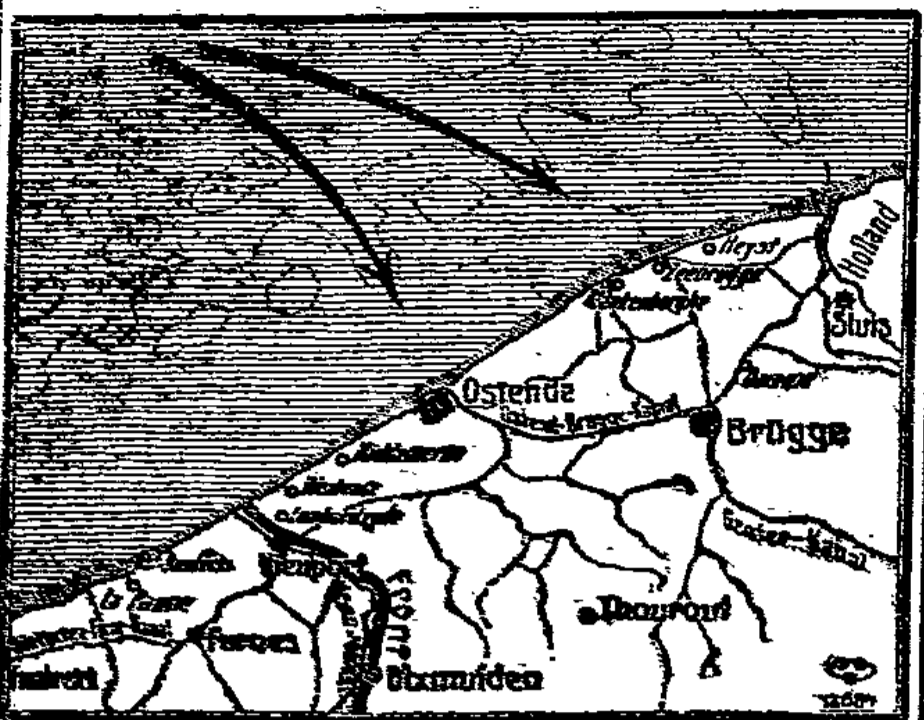
Mit qualmenden Nebelapparaten versuchen

drei feindliche Kreuzer den Molenkopf

zu passieren, da bricht das Feuer der Molenkopf-Batterie aus den Rohren. Treffer in die Schraube, auf der Kommandobrücke, in den Rumpf. Auch die Küstenbatterien greifen ein, die jetzt ihr Ziel im Dunst erkennen können. Die englischen Schiffe begannen zu sinken. Zwar haben sie noch Fahrt, aber sie genügt nicht mehr, um ihr Ziel, die Kanalschleuse, zu erreichen und zu sperren. Ein Zerstörer, der die Besatzungen von den Motorbooten aufnehmen soll, sinkt in deutschem Geschützfeuer. Von den Besatzungen entkommt kaum einer.

Noch größer war der Mißerfolg bei Ostende. Die englischen Sprengschiffe kamen überhaupt nicht an die Hafeneinfahrt heran. Kaum gerichtet, sanken sie im Feuer der deutschen Küstenbatterien. Zwei Zerstörer, die sich Wendayne zu nähern versuchten, werden gleichfalls vernichtet. Am Morgen des 23. haben die aufstrebenden deutschen Flieger vor der Küste sieben treibende

Rutter, Brackeise und Leichen. Fünf Lebende und einen Toten können die deutschen Torpedoboote noch bergen.



Von amtlicher deutscher Seite wird noch einmal mit aller Bestimmtheit wiederholt, daß die Engländer mit dem Verlust von

fünf Kreuzern, drei Zerstörern, einem U-Boot und mehreren Motorschnellbooten ihr Ziel der Blockierung der Häfen Flanderns nicht erreicht haben. Die englischen, mit Beton gefüllten Kreuzer seien durch das deutsche Geschützfeuer zum Sinken gebracht worden, bevor sie die für die Sprengung erstrebten Plätze hätten erreichen können. Auch an die Kanalschleusen seien die Engländer weder mit Sprengungen noch mit Geschützfeuer herankommen. Es sei ferner nicht eine einzige der auf der vorderen Mole befindlichen militärischen Einrichtungen zerstört, ja auch nur in Mitleidenschaft gezogen worden. Die gesamten Hafeneinrichtungen Zeebrugges seien völlig unversehrt und voll betriebsfähig geblieben. Außer dem Loch in der Mole, das gestern auf 25 Meter Breite angebrochen wurde, haben die Engländer nichts erreicht. Die Küste ist überbrückt.

Die Engländer behaupten demgegenüber, daß alle Geschütze, Schuppen und Munitionsvorräte auf dem Hafendam zerstört und daß die Schiffsentore in die Luft gesprengt worden seien. Diejenigen, die im Besitz des Kampfschiffes geblieben sind, dürften über die Wirkungen des Angriffs besser orientiert sein. Aber auch die Engländer werden sich ja nach Überzeugen können, ob ihre Angaben richtig sind. Sie haben nur nötig, einige Wochen abzuwarten. Bleibt der U-Boots-Krieg, wie er war, dann werden sie einsehen müssen, daß ihre amtlichen Berichte sie irreführen haben.

Was der Krieg bringt.

Rühlmann und der Reichstag.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Rühlmann machte am Donnerstag den Führern der Parteien des Reichstags vertrauliche Mitteilungen über die Vorkämpfer Verhandlungen.

Nachdem er geschwiegen hatte, nahm der Vizepräsident Dr. Baajke das Wort, um dem Staatssekretär für seine Ausführungen zu danken und im Namen der anwesenden Abgeordneten dem Bedauern und dem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, wie von der „Deutschen Zeitung“ gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit persönlichen Verdächtigungen gekämpft werde. Er sei überzeugt, daß keiner dem widersprechen werde, daß dieses Finanzgesehen persönlicher Verhältnisse in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Es sei höchste Zeit, daß die öffentliche politische Moral eine Wandlung erfährt, denn auch ein verdammtes und allgemein gedachtes Mitglied des Reichstags sei jüngst in persönlicher Weise angegriffen worden. Doktor Baajke stellte mit diesen letzten Bemerkungen auf die Angriffe des Fürsten Selim im Herrenhaus gegen den Abgeordneten Erzberger. Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Staatssekretär Rühlmann dankte den Anwesenden für die vom Abgeordneten Dr. Baajke zum Ausdruck gebrachte Meinung. Er sei bereit, mit jedem Gegner politisch auf die Höhe zu treten. Wenn aber eine Kampfesweise sich ausbreite, wie sie jetzt beliebt werde, so werde bald kein ordentlicher Mensch mehr bereit sein, ein Staatsamt anzunehmen. Die Anwesenden zeigten dem Staatssekretär lebhaften Beifall.

Die Redezeitung war von den Führern aller Parteien, einschließlich der Sozialisten, bejubelt.

Staatssekretär v. Rühlmann ist nach am Donnerstagabend zum Abschluß der Friedensverhandlungen mit Rumänien nach Bukarest abgereist.

Steuern auf Getränke.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand am Donnerstag die erste Beratung der

Getränksteuer.

Reichstagspräsident Graf Helldorf: Die Getränkesteuer ist in der Hauptsache 1890 Millionen Reichsmark, d. h. 1200 Millionen Reichsmark mehr als früher, entstanden. Dieser Teil der Getränkesteuer ist ein Verstoß der gesamten Steuern des Reiches dar, es würde sich kaum rechnen, wenn das auch in Zukunft der Fall sein würde. Die Regierung hat jetzt nur noch einen entsprechend geringen Betrag gemacht, weil nur noch wenig Bier konsumiert wird; deshalb gehen wir zur Weinsteuer über, deren Höhe wir für angemessen halten. Auf das Weinmonopol ist die Regierung wieder zurückgekommen, weil die Verhältnisse sich völlig verändert haben. Der ursprüngliche Grundgedanke ist im wesentlichen eine Besteuerung der Spirituszentrale. Die alkoholischen Getränke sind schwerer zu kontrollieren als das Bier. Die Besteuerung der Mineralwässer wird ebenfalls in Betracht gezogen, es ist aber dabei zu bedenken, daß auf dem Gebiet der Mineralwässer nachher die Besteuerung der Spirituszentrale stehen wird. Die Höhe auf Bier, Wein, Spiritus und Mineralwässer sind eine Frage. In allgemeinen ist es für die Regierung zu wünschen, damit wir nicht später wieder mit Erhöhungen konfrontiert werden.

Hg. Schulenburg (natl.): Die Erhöhung der Getränkesteuer ist in der Hauptsache genau demselben Zweck dienlich, als die Steuern der Spirituszentrale herabzusetzen sind. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir bei der Besteuerung der Spirituszentrale berücksichtigen müssen. Die Höhe der Spirituszentrale ist ein wichtiger Punkt, den wir bei der Besteuerung der Spirituszentrale berücksichtigen müssen. Die Höhe der Spirituszentrale ist ein wichtiger Punkt, den wir bei der Besteuerung der Spirituszentrale berücksichtigen müssen.

Der zweite Vorschlag von 600 bis 650 Millionen soll aus dem Branntweinmonopol erbracht werden. Früher hat die Regierung das Monopol abgelehnt. Jetzt ist die Besteuerung des Branntweins durch die Spirituszentrale ermöglicht worden. Auf der anderen Seite ist es

bedenken, daß viele selbständige Erzeugnisse durch dieses Monopol vernichtet werden, denen der Staat erhebliche Entschädigungen zu zahlen muß. Es besteht auch die Befürchtung, daß die Fortschritte der Technik in der jungen Branntweinindustrie unter der Monopolverwaltung sich nicht so entwickeln werden wie bei der Privatindustrie. Infolge der sehr hohen Steuer ist ein harter Rückschlag des Verbrauchs zu erwarten, was auf den Gesamtmarkt nicht ohne Wirkung bleiben kann.

Bei einem Vergleich der direkten mit den indirekten Steuern darf man nie das Reich allein berücksichtigen, sondern auch die Steuern der Einzelstaaten und Kommunen, die indirekte Steuern nur sehr wenig haben. Zieht man den Vergleich in dieser Weise, so wird man unser Steuerregime nicht als ungeeignet bezeichnen können. Die Besteuerungen im Reich werden zweifellos in Zukunft noch mehr ausgeglichen werden müssen. Man hat eine allgemeine Vermögensabgabe von 25 Prozent vorgeschlagen. Das würde eine erhebliche volkswirtschaftliche Schwächung bedeuten. Der Reichstag beantragt, die Getränkesteuer an eine dreigliedrige besondere Kommission zu verweisen, das Branntweinmonopol an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Hg. Müller (Soz.):

Der Staatssekretär weiß auf die Relation der indirekten Steuern zu den direkten hin. Man muß aber auch an ihre Beziehungen zur allgemeinen Lebenshaltung denken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die diesmal vorgelegenen indirekten Steuern sollen reiflos auf die Konsumenten abgewälzt werden, deshalb erklären sich ja auch einzelne Interessengruppen damit einverstanden. Der Staatssekretär wolle seine Arbeit machen. In der Tat sollen ausnahmslos alle Getränke außer Quellwasser, Kaffeeersatzgetränken und einem noch bestimmten Lebkuchen erfaßt werden, und diese Steuern gehen Hand in Hand mit einer dauernden Verbilligung der Getränke. Das heutige Bier führt seinen Namen noch überhaupt nur noch daher, daß es in den alten Bierstätten gebraut wird. Als Rohmaterial kann man dieses Lebkuchen Bier gewiß nicht mehr gebrauen, und auch in den ersten Friedensjahren wird es so bleiben. Die Begründung erklärt die Biersteuer für notwendig, denn das Publikum habe die Bierverzehrung während des Krieges hingeworfen. Nun, im Frieden können die Preissteigerungen über zu Bierkrassen, in Bayern wohl auch zu Bierrevolutionen geführt. Der Nationalismus der Bevölkerung hat das während des Krieges verhindert. Für ganz besonders ungerecht halten wir es, daß neben der hohen Biersteuer auch die kommunalen Biersteuern noch erhalten bleiben sollen. Ganz besonders verwerflich sind die Biersteuern auf die Spirituszentrale, die unter dem Krieg so überaus schwer wegen der ungenügenden Besteuerung zu leiden haben. In diesem Gewerbe sind

Lebensmittel und Getränke vermindert

arbeiten, und die neuen Getränkesteuer werden ihnen eine Nebenabgabe nach dem Krieg ungenügend erscheinen.

In der Summe sind wir vor allem für eine andere Wirkung von direkten und indirekten Steuern sorgen müssen. Besteuerungen sind bisher immer abgelehnt worden, weil man glaubte, die Bürger können sie nicht ertragen. Durch die geringen Steuern ist es aber die Lage der Bürger gegenwärtig sehr gut, es wird ja geradezu Weinwasser getrunken — gibt es doch Leute, die 50 000 Mark in Wein anlegen, um ihre Kriegsgewinne mit einer Kriegsgewinnsteuer zu retten. Die Weinsteuer soll 20 Prozent betragen und der Staatssekretär nennt sie eine Wohlthat, denn der Wein ist der Getreide der bescheidenen Klassen. In Bayern Preußen und in Süddeutschland ist das Getreide der Wein. Wir sind im Hinblick der Bedürfnisse des Reiches besonders gegen jede Weinsteuer. Aber der vorgelegte Entwurf trägt die höchsten Preise ebenso hoch wie die hochwertigen Spirituszentrale. Diese Ungerechtigkeit muß in der Kommission beseitigt werden.

Wenn ungerecht ist es, die unvollständigen Getränke mit 20 Proz. zu besteuern. Auch bei der Schaumweinsteuer ist es ungerecht, es die Getränke ebenso hoch zu belassen, wie die Spirituszentrale ist. Die Besteuerung der Mineralwässer ist ebenfalls ungerecht. Mit dieser Steuer will man gleichzeitig einen Teil der Salz- und Spiritussteuer vermindern, damit die Leute nicht einen um den Spiritus zum Tee übergehen. Gegen jede Salzsteuer sprechen hauptsächlich Bedenken. Der

Spezialsteuern für die Bevölkerung

ist ja bekannt, daß die wenig einkommensstarke Bevölkerung die wenig einkommensstarke Bevölkerung. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir bei der Besteuerung der Spirituszentrale berücksichtigen müssen.

Die Branntweinsteuer ist die erste Besteuerung, aber niemals mehr die letzte. Die Bedürfnisse des Reiches zu decken wird ohne Besteuerung nicht möglich sein. Aber die Besteuerung bringt kein Produktionsmonopol, sondern nur ein Verarbeitungs- und Handelsmonopol. Die Besteuerung ist lediglich eine Verbilligung der Spirituszentrale, d. h. also, die

Minimale Besteuerungsfähigkeit

ist aufzuheben, wenn es möglich ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daher werden alle Getränke, die wir früher gegen die Spirituszentrale angekauft haben, befreit. Es ist bekannt, daß die Besteuerung für den gegen den unvollständigen Spirituszentrale ist. Die Spirituszentrale ist ein wichtiger Punkt, den wir bei der Besteuerung der Spirituszentrale berücksichtigen müssen. Die Höhe der Spirituszentrale ist ein wichtiger Punkt, den wir bei der Besteuerung der Spirituszentrale berücksichtigen müssen.

so beschränkt werden, daß nur ja die Brennereien keinen Schaden erleiden. Wir werden in der Kommission dafür sorgen müssen, daß nicht die Interessen der Brenner, sondern die der Allgemeinheit gewahrt werden.

Bei diesen Steuern sollte man sich fragen, wie sie auf die Mentalität (Stimmung) der Bevölkerung wirken werden. Wird sich denn die Bevölkerung, werden sich vor allem die Konsumenten die kolossalen Preissteigerungen auch dauernd im Frieden gefallen lassen? Liberale und Konservative haben darauf hingewiesen, daß in der Bevölkerung durch den Krieg ein Staatsgefühl erwacht sei. Wollen Sie ein solches Gefühl erhalten, dann dürfen solche Steuererhöhungen nicht gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Steuererhöhungen sind geradezu das Staatsverbrechen, die Kommission möge den Gesetzen des strikten sozialen Einschlags verschaffen, der jetzt in den Vorlagen nicht zu finden ist. (Recht. Beif. h. d. Soz.)

Hg. Dr. Blund (Fortf. Sp.) betont dem Staatssekretär gegenüber, daß die hier vorgeschlagenen direkten Steuern nur einmalige, die indirekten Steuern aber dauernde sind. Ob die Verbraucher bei Einführung des Branntweinmonopols besser wegkommen werden als bei einer entsprechenden Steuer, wie der Staatssekretär meint, ist mir sehr fraglich. Vielleicht können sie vom Regen in die Traufe. Auf keinen Fall darf das Branntweinmonopol einseitig vom landwirtschaftlichen Standpunkt betrachtet werden wie die jetzige Branntweinsteuererhebung. Die Erfahrungen des Krieges sollten dazu führen, daß überhaupt keine Kartellsteuern mehr in den Brennstoffen kommen, sondern daß die Kartellsteuern reiflos für die menschliche Ernährung ausgenutzt werden. (Bravo!) Die Weinsteuer ist technisch die beste. Damit, daß die Weinsteuer den Verbrauchern aufgelegt werden soll, sind wir einverstanden. Es muß vorgelegt werden, daß die Bürger nicht von der Steuer betroffen werden. Dazu wird es gut sein, wenn die Bürger sich in Erwerbsgenossenschaften zusammenschließen. Bei der Biersteuer muß festgelegt werden, was als Dümbier und was als Solbier gelten soll. Gegen die Steuern auf alkoholische Getränke bestehen schwere volkswirtschaftliche Bedenken. Grundrichtig ist, daß man ihnen angehörs der Finanzlage zustimmen muß. Aber im Verhältnis zu den alkoholischen Getränken ist die Besteuerung der Limonaden- und Mineralwässer viel zu hoch.

Hg. Schulenburg (natl.): Dem Branntweinmonopol stimmen wir zu. Zum Schutze unserer Bürger sollte man auch den Auslandswein außer dem Zoll noch versteuern. Gegen Besteuerung der Fruchtweine haben wir große Bedenken. Der Schaumweinsteuer stimmen wir zu.

Hg. Dr. Köpcke (konj.) begründet die Zustimmung seiner Freunde zu dem allgemeinen Gedanken der Vorlagen. Der Biersteuer werde mit Unrecht vorgeworfen, daß sie zu sehr in die Gewerbebetriebe eingreife. Bei der Weinsteuer ist es für die Bürger gefährlich, über 10 Prozent hinaufzugehen, gar bis zu 20 Prozent, wie die Vorlage will. Die Branntweinsteuer ist in einer Höhe vorgelegt, 50 Mark pro Hektoliter, daß man doch fragen muß, ob der Konsum denn nicht so erheblich zurückgehen wird, daß die Steuer nicht den gemündeten Ertrag bringt. Der Kartellsteuern ist recht eigentlich erwachsen und fundamementiert auf den Brennereibetrieben. In dem zu schaffenden Betrag muß den Brennereien mehr Erlaß eingeräumt werden.

Hg. Sturm (Unabh. Soz.):

Die Methode ist auch hier wieder die alte: die schwersten Lasten werden den armen Volksschichten aufgebürdet. Das hat schon Laffale gesagt: Jede herrschende Klasse legt der beherrschten die Lasten auf. Bei den indirekten Steuern wird der einzelne darüber getäuscht, wieviel er in Wirklichkeit zahlen muß. Aus diesem Grunde hat niemand gerade die indirekten Steuern den direkten vorgezogen. Nur die Schaumweinsteuer trifft die Verbraucher, aber zum „Ausgleich“ hat man auch gleich den Champagner der kleinen Leute, den moussierenden Obsterwein, wesentlich höher besteuert. Und damit ja nicht zuwenig Bier konsumiert wird, beläuft man auch die Mineralwässer höher. Gerade diese Getränke sind ein wesentliches Hilfsmittel im Kampfe gegen die Trunksucht. Sogar die Mineralwässer in den Fabrikskantinen werden zu um 100 Prozent versteuert. (Gott, häßt!) Das heißt direkt den Alkoholismus zu fördern. All diese Steuern bringen außerdem noch ansgebrochene

Steuern für die Interessenten.

So beim Besteuerung durch die hohe Besteuerung der ausländischen Weine. Daher hört man auch diesmal von keinem Widerstand der Bürger gegen die Steuer. Ebenso hat man große Klagen der Interessenten bei der Biersteuer beruhigt, indem die mittleren und kleineren Brennereien gegen die Konkurrenz der Großbrennereien geschützt werden. Allerdings geschieht dies auf Kosten der Biertrinker. Außerdem wird die Folge eine Kartellierung der Großen und Kleinen natürlich wieder auf Kosten der Publikum sein. Es ist hier genau dasselbe wie bei der Branntweinsteuererhöhung, die der reaktionäre Reichstag 1887 geschaffen hat. Hier ist als solches Kartell die Spirituszentrale entstanden, die heute etwa 60 Prozent der Brennerei umfaßt und in der Lage ist, durch Besteuerung des ganzen Marktes den Preis für das Produkt zu diktiert. Während des Krieges entstand ist ein neuer Grund durch den technischen Fortschritt, nämlich durch die Möglichkeit, reinen Spiritus aus Salzkamfer zu gewinnen. Während des Krieges hat Karbidmehl entstanden, die Salzkamfer herzustellen, der der Landwirtschaft nur in geringem Maße gewährt werden konnte, weil er für die Sprengstoffherstellung nötig war. Aber im Frieden ist diese Verwendung unmöglich, und so würden die Salze in größtem Maße aus Salzkamfer, also aus Kohle

und Kaffee, Alkohol herstellen. Und nun unterbindet diese Gefegung geradezu den technischen Fortschritt, indem sie diesen Werken die Herstellung von Alkohol und Essigsäure verbietet. (Sürt, hört! b. d. Unabh. Soz.) Man sagt, die Landwirtschaft braucht die Schlempe als Viehfutter und deshalb müssen die Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet werden. Da könnten die Landwirte doch die Kartoffeln direkt als Viehfutter verwenden. (Sehr richtig!) Aber die landwirtschaftliche Technik ist heute imstande, gutes Viehfutter auch aus den Abfällen der Zuckerfabrikation zu bereiten, so daß die 26 Millionen Zentner Kartoffeln, die in die Spiritusbrennereien wandern, für die menschliche Ernährung erhalten bleiben können. Um das zu verhindern, um die Brennereien zu schützen vor dem Karbidspiritus, kommt jetzt das Reichsmonopol, aber nicht ein Produktionsmonopol — die Produktion bleibt in den „bewährten“ Händen der Spirituszentrale —, sondern ein Zwischenhandelsmonopol des Reiches. Dieses Monopol wird verdrängt mit einem parlamentarischen Beirat, der natürlich nichts zu sagen hat. Die Steuer auf den Alkohol beträgt 800 Mark auf das Hektoliter und verteuert ganz ungemein den Branntwein, den gerade die Armen und Vermitteln konsumieren. Dagegen muß jeder Sozialist auf schärfste Stellung nehmen; denn hier handelt es sich um ein Handelsmonopol, das geradezu den Wucher privilegierter. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Und auch die ganze innere Einrichtung des Gesetzes, alle seine Entschädigungsbestimmungen entsprechen dem Grundgesetz: „Demen, die haben, wird gegeben.“ Dieser Monopolvertrag soll Steuern auf Einkommen und Vermögen hinterstellen, das ist eine

Aufwälzung der Lasten auf die Ärmsten, eine Kontribution, wie sie der Feind kaum auferlegen würde. Wir hoffen, daß das Volk erwachen, die politische Macht erobert und mit dieser Art Gesetzesmacherei aufräumen wird. (Leb! Weif. b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Mumm (Dt. Fr.): Bei dem großen Bedarf des Reiches werden wir auf das sorgsamste prüfen müssen, wie die Verteilung der Steuerlasten auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung vorzunehmen ist. Jedenfalls begrüßen wir es, daß der Monopologedanke jetzt eine günstige Aufnahme in der Bevölkerung findet. Aber wir dürfen die neuen Verfahren der chemischen Herstellung des Alkohols und der Essigsäure nicht so belassen, daß sie unterdrückt werden zugunsten der Verarbeitung von menschlichen Nahrungsmitteln zu Alkohol. Auch sollen wir überlegen, ob wir das vorliegende Gesetz nicht auch zur Stärkung der Nahrungsmittelbewegung benutzen sollten. Aus diesen Gesichtspunkten haben wir Bedenken gegen die Besteuerung von Mineralwässern, Tee, Kaffee, Kakao. Weniger bedenklich ist dagegen die Weinststeuer, zumal die Auslandsweine, die mit einem starken Zoll belegt werden sollen.

Die Debatte schließt. Die Vorlagen werden an verschiedene Ausschüsse verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Anfragen, Petitionen).

Notizen.

Verabschiedung der Brottrationen? Am heutigen Freitag geht das Kriegsernährungsamt mit seinem Beirat eine Sitzung ab. Wie wir hören, wird der wichtigste Punkt dieser Sitzung die Frage sein, ob eine Verabschiedung der Brottrationen erforderlich sei. —

Landtagwahl in Koburg-Gotha. Bei der Neuwahl im letzten Landtagwahlkreis des Herzogtums Gotha wurde der sozialdemokratische Arbeiterkandidat Greif einstimmig gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. —

17 000 Tonnen. Amtlich wird gemeldet: An der Westküste Englands wurden von unsern U-Booten wiederum 17 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen waren ein tiefbeladener 5000-Bruttoregistertonnen-Dampfer und ein ebenfalls tiefbeladener Landdampfer von 4000 Bruttoregistertonnen. —

Ein Karl-Marx-Denkmal in Petersburg. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz aus Petersburg wird dem dortigen Militär berichtet, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen habe, den Grundstein zu einem Denkmal für Karl Marx an seinem 100. Geburtstag, am 5. Mai, auf dem Revolutionenplatz in Petersburg zu legen. Die besten Bildhauer der Welt sollen zu einem Wettbewerb eingeladen und alle Sowjets Rußlands zur Einleitung von Sammlungen aufgefordert werden. —

Die Gerüchte von einem Friedensschritt des Papstes, die von verschiedenen Seiten ernstlich bestritten werden, wollen nicht verstummen. Auch jetzt wieder behaupten die katholisch-klerikalen „Neuen Zürcher Nachrichten“, befristigen zu können, daß ein päpstlicher Friedensschritt zu erwarten sei. —

Die deutsch-holländischen Verhandlungen. Der holländische Minister des Auswärtigen Lathou teilt am Donnerstag in der ersten Kammer über die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland mit, daß diese Verhandlungen infolge der Schwierigkeiten, die Holland kürzlich mit den Alliierten gehabt hat, eine Verzögerung erlitten hätten. Die Verhandlungen hätten erst wieder beginnen können, als diese Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt waren. Nun seien sie im Gange. Der Minister sagte noch, er könne noch nichts über das Ergebnis sagen. Er teilte aber mit, daß sie langsam voranschreiten, weil augenblicklich Mangel an Ausfuhrartikeln herrsche. —

Großer amerikanischer Transportdampfer vermisst. Die Agencia Americana meldet aus Rio de Janeiro, daß das dortige Konsulat der Vereinigten Staaten das Verschwinden des Kriegstransportdampfers „Cyclope“ bemerkt hat. „Cyclope“ ist, wie „Tempo“ bemerkt, ein zur amerikanischen Kriegsmarine gehörendes Kohlentransportschiff mit einer Wasserverdrängung von 19 700 Tonnen. —

Der Rommel und St.-Eloi erobert.

W. Z. S. Großes Hauptquartier, 26. April 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Angriff der Armee des Generals Sigt von Armin gegen den Rommel führte zu vollem Erfolg. Der Rommel, die weit in die flandrische Ebene blühende Höhe, ist in unserer Hand.

Nach starker artilleristischer Feuerwirkung brach die Infanterie der Generale Sieger und von Oberhardt gestern morgen zum Sturm vor. Französische Divisionen, im Rahmen englischer Truppen mit der Verteidigung des Rommel betraut, und die bei Wytschaete und Dranover anschließenden Engländer wurden aus ihren Stellungen geworfen.

Die großen Sprengtrichter von St.-Eloi und der Ort selbst wurden genommen. Die zahlreichen in dem Kampfgelände gelegenen Betonhäuser und ausgebauten Schäfte wurden zerstört. Preussische und bayerische Truppen erstürmten Dorf und Berg Rommel.

Unter dem Schutze der trotz schwierigen Geländes herankommenden Artillerie stieß die Infanterie an vielen Stellen bis zum Rommelbach vor. Wir nahmen Dranover und die Höhe nordwestlich von Bleugelhael.

Schlachtgeschwader griffen die mit Fahrzeugen und Kolonnen stark belebten rückwärtigen Straßen des Feindes mit großem Erfolg an.

Als Beute des gestrigen Kampftages sind bisher mehr als 6500 Gefangene, in der Mehrzahl Franzosen, unter den Gefangenen ein englischer und französischer Regimentskommandeur, gemeldet.

Südlich von der Somme konnte Billers-Brettonneux, in das wir eindringen waren, vor feindlichem Gegenangriff nicht gehalten werden. Weitere starke Gegenangriffe scheiterten hart südlich vom Dorf, an dem dem Feind entziffener Wald und Dorf Langard. Die Gefangenenzahl aus diesem Kampfabchnitt hat sich auf 2400 erhöht.

Zwischen Arras und Dize außer zeitweilig auflebendem Feuer nichts von Bedeutung.

Auf dem Westufer der Mosel führten höchste Kompanien französische Gräben und drangen in Regnyville ein. Nach Erfüllung ihrer Aufgabe kehrten sie mit Gefangenen in ihre Linien zurück.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.



Englischer Seeresbericht.

Vom 25. April: Die französischen und britischen Stellungen nördlich von Bailleul bis östlich von Wytschaete wurden den ganzen Tag über heftig angegriffen. In dieser ganzen Front, besonders in der Umgebung von Dranover, Rommel und Bierstraet fanden äußerst heftige Kämpfe statt. Im Laufe wiederholter Angriffe und Gegenangriffe wurden die alliierten Truppen gezwungen, sich aus den Stellungen, die sie am Morgen hielten, zurückzugiehen. Das Gefecht dauert an.

Südlich der Somme wurde unsere Linie durch erfolgreiche Gegenangriffe, die australische und englische Truppen in der letzten Nacht gegen die vom Feind in und um Billers-Brettonneux gestern gewonnenen Stellungen ausführten, bis auf eine kurze Entfernung auf unsere frühere Front heran vorgeschoben. Es wurden über 800 Gefangene gemacht. Das Dorf ist jetzt in unsere Hände. Ein Angriff, den der Feind gestern morgen an dieser Front unternahm, wurde von wenigstens vier Divisionen ausgeführt. Seine Ziele waren nach Mitteilung von Gefangenen auch auf das Dorf Cady und den Weg Cady-Jouille gerichtet. —

Lebensmittelverteilung.

1. Auf gelbe Kartoffelkarte für Januar bis April. Um für die zu erwartenden größeren Ansuchen unsere Lager freizumachen, wird für die Zeit vom 28. April bis 5. Mai eine Entnahme für die beiden Wochen vom 29. April bis 5. Mai und 6. bis 12. Mai zugleich angeordnet. Es werden also verabfolgt auf die Karte 49, 50, 51, 52, 53, 54 je 2 Pfund, zusammen 12 Pfund für 2 Wochen.

Die Karten treten mit dem 5. Mai außer Kraft, eine spätere Abgabe ist ausgeschlossen.

Die Köpfe der gelben Kartoffelkarten sind auch nach Abtrennung sämtlicher Marken sorgfältig anzubehalten, da nur gegen deren Rückgabe die demnachstige Ausgabe der neuen Karten erfolgt.

Die Haushaltungen, welche Kartoffeln eingefesselt haben, wird ein Wochenverbrauch von 6 Pfund und außerdem 10 Prozent für Schwund und Verlust angerechnet.

2. Auf die rotbraune Fleischkarte am 2., 3. und 4. Mai nach Gruppen:

ganze Fleischkarten	Kinder-Fleischkarten
Gültig überhaup! Marken zu je 25 Gr. 11-20	6-10
darunter nur für Rindfleisch 11-15	6-7
für Kalb- oder Hammelfleisch 16-17	8
nur für Wurst 18-19	9
nur für Fett 20	10

3. Auf Materialwarenkarte für Mai/Juni vom 2. bis 8. Mai

a) auf Karte 1: 1/4 Pfund Rubeln.

b) auf Karte 2: 1 Pfund Karnelede.

c) auf Karte 3: 1/4 Pfund gerösteten Weisbrot zu 1,55 Mark für 1 Pfund.

d) auf Karte 10: je nach Sorten 1/4 Pf. Säckchenkaffee (Gewichte bzw. Dtl) oder 1/4 Pfund Schokolade.

Auf Karte 1 kann an Stelle der Rubeln in den benötigten Schokoladengleichheiten 1/4 Pfund Zwiebel entnommen werden.

Zu c und d wird das Materialwarenfindensystem angewandt. In d darf eine Menge von 1 Pfund nur auf 2 Marken von 1 Kategorie nur auf 4 Marken Nr. 10 abgegeben werden.

Der Hinweis, daß auch jetzt die Ueberweisungen der Konten der Kriegsgesellschaft erst zum kleineren Teil eingetroffen sind, erklärt, daß die Kontenverteilung in 2 Teilen vorgenommen werden muß. Einzelmarken hierbei nicht beliefert werden können, bleiben sie bis zur zweiten Verteilung in Kraft.

Die Materialwarenkarte für März/April sind auch nach Abtrennung sämtlicher Marken sorgfältig anzubehalten, da sie als Ausweisarten für die Eintragung der Kunden zur Warenverteilung gelten.

4. Die Fettmarken befinden sich an der Materialwarenkarte.

Auf Karte A des Materialwarenfindensystems für Mai/Juni vom 2. bis 8. Mai 50 Gramm Margarine zur Verteilung.

5. Am 29. und 30. April Ausgabe der Wochenkarten und Kartechen zur Kriegskasse für die Woche vom 5. bis 11. Mai.

Abgenommen werden für Personen über 6 Jahre Fleischkarte II der rotbraunen Fleischkarte und Materialwarenkarte I für Personen unter 6 Jahren Materialwarenkarte I.

Magdeburg, den 25. April 1918.

Der Magistrat

Bekanntmachung.

In der Bekanntmachung vom 9. August 1916 wird der letzte Satz dahin geändert: „Sie tragen als Zeichen einen Ringbogen entsprechend dem Erlaß vom 26. 11. 17 Nr. 1897/10. 17 B 2 Nr. 3. S. 599.“

Magdeburg, den 20. April 1918.

Der stellv. Kommandierende General des 4. Armee-Korps: Sontag, Generalleutnant. R196

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 12. 7. 1917 betreffend die Verarbeitung von Leder durch Schuhmacher wird im § 1 mit Wirkung vom 1. Mai 1918 dahin abgeändert: Der erste Satz des § 1 erhält folgende Fassung: Schuhmacher dürfen Leder, das von Arbeitnehmern herrühren kann, von Privatpersonen nicht erwerben, auch nicht zur Verarbeitung annehmen, wenn die Person ihnen nicht bekannt ist oder sich durch Wohnungsmeldeschein oder sonstige behördliche Schriftstücke ausweist.

Magdeburg, den 20. April 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armee-Korps: Sontag, Generalleutnant. R196

Kontingente für Magdeburg und Umgegend

Das mit dem 1. Mai die roten Bezugsscheine für Winterkohlen außer Kraft treten, so eruchen wir unsere Mitglieder, deren Bezugsscheine noch nicht erledigt sind, der erhaltener Anweisung zu entsprechen und bis spätestens Sonntag den 29. April den Betrag für die bewilligten Junkt Kohlen in dem angegebenen Lager einzuzahlen.

Diejenigen Mitglieder, die über die Bewilligung der von ihnen beantragten Junkt Kohlen von uns noch keine Mitteilung erhalten haben, werden gebeten, bis zum 29. April im Kontor vorzusprechen.

Der Vorstand.

Staßfurt

Am Sonnabend den 27. April, abends 8 Uhr, im „Fürstenhof“

Öffentl. Versammlung

Zugordnung: Am das gleiche Wahlrecht

Rechner Genossenschaft Stadtrat Bohms (Magdeburg)

Eintrittsgeld 15 Pf.

Der Einberufer: Bizerowski

Rechtsbureau Referendar a. D.

Lebegott, Große Münzstraße 5, Auktuaft und alle schriftlichen Arbeiten in Rechts- und Steuerachen. Sprechzeit: 9-1, 3-8 Uhr.

Kontingente für Wittenplathol

G. G. m. b. H.

Am Sonntag den 5. Mai 1918, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn M. Clement

Halbjahrs-Versammlung

Zugordnung: 1. Halbjahrsbericht. 2. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern. 3. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern. 4. Genossenschaftliches.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: G. Bernide.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Osterwieck.

Montag den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal der Witwe Lehmann (Stromer Kirche)

ordentliche Ausschußsitzung.

Zugordnung: 1. Rechnungslegung für das Jahr 1917 und Vorlegung des Berichtes der Rechnungsprüfer. 2. Entscheidung der Entscheidung an den Rechnungsführer. 3. Entschluß von Ausschußmitgliedern. 4. Geschäftliches.

Der Vorsitzende: Langenkraß.

Flieger-Bomben

zu besorgen billig, Preis: 0,33 Mark. Fert. a. eig. Fabrik. Jed. gm. Arbeit an Willk. Oobststra. Breitweg 110 (Gg. Krosener)

Gen: 1088 H. Gaenger, Grandstr. 7, p. Sprechzeit: 1663 und 4273.

Gen: 1088 H. Gaenger, Grandstr. 7, p. Sprechzeit: 1663 und 4273.

Zöpfe

zu besorgen billig, Preis: 0,33 Mark. Fert. a. eig. Fabrik. Jed. gm. Arbeit an Willk. Oobststra. Breitweg 110 (Gg. Krosener)

Gen: 1088 H. Gaenger, Grandstr. 7, p. Sprechzeit: 1663 und 4273.

Gen: 1088 H. Gaenger, Grandstr. 7, p. Sprechzeit: 1663 und 4273.

Gut erhaltene Rügen-Einrichtung

An der Elbe 8/9.

Ernst Funke

Zahn-Praxis

A. Sungatowski

Kimmelreidstraße 6/8.

Künstliche Zähne u. Gebisse, Stützgebisse, Zahntroneu jedes Systems.

Schmerzmittel und Erhaltung der empfindlichen Zähne.

Ausziehen, Plombieren der Zähne wird auf das sorgfältigste ausgeführt.

Zugelassen zu Krankenkassen.

611 Sprechzeit.

9 bis 6, Sonntag 9 bis 12.

Offiziere f. Wiederbeschäftigung und Händler: Gummibänder, Gummijohler, Gummibänder und Gummifläschchen.

H. Gaenger, Grandstr. 7

Sprechzeit: 1663 u. 4273.

Elektrische Lampe

modern, 3 Flammen, erst mit letzten Kristallröhren, komplett für 60 Mark zu verkaufen.

Lezins, Papenstr. 2. I.

Kleine Möbelfahren

Umsätze 2000 Mark für Einbaumöbelfahrer überlassen sofort 800

Blanc Radler, Schneiderstr. 2. Telefon 5250 und 2475.

Größter Posten 3837

Bohnenstangen

Schod 3,50 Mark, Erdbeeren und Rotebete 3,50 Pf.

Fabrik I. Kisten Kramholz

Max Oppermann

Reinholdstraße 46.

Gute derbe Bretter

billig zu verkaufen. 3846

Semran

Altgermeisterstr. 95, II z.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. April 1918.

— Verbesserte Transportverhältnisse. Seit einigen Tagen sieht man, wie richtige Dampflokmobile zum Transport von allerhand Gütern und auch von Müll und Asche verwendet werden. Die Erzeugung der immer geringer und minderwertiger werdenden Pferdekraft durch Dampfkraft kann nur mit Freuden begrüßt werden. Bei dem außerordentlichen Futtermangel, unter dem die Zugpferde zu leiden haben, bedeutet die Verwendung zweifellos eine Besserung. Mit etwas mehr Geräusch ist diese Art des Transport allerdings verbunden, das muß aber jeht mit in Kauf genommen werden. In solch schlanker Eilfertigkeit, wie ein Lastauto, jagt die Lokomotive mit ihrem Wagenzug auch nicht durch die Straßen. Es geht langsamer, mit Bedacht und Geschönauße, aber — sie bewegt sich doch und die beladenen Wagen ebenfalls. Das ist die Hauptsache. Das Antrieben der abgetriebenen Gänge gehörte ja auch nicht zu besonders angenehmen Erscheinungen der Straße. Jedenfalls wird es mit der Beseitigung der Müllberge auf den Höfen nun schneller konstatieren gehen.

— Rentenzahlung beim Hauptpostamt. Die Zahlung der Heeresbezüge für Mai findet am 29. April von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr, am 30. April von 8 bis 12 Uhr für diejenigen Personen statt, die im Briefstellbezirk des Hauptpostamts wohnen. Der Zugang zu den Zahlstellen befindet sich an der Prälatenstraße. Am 1. Mai bleiben die Zahlstellen für Heeresbezüge geschlossen. Vom 2. Mai ab bis zum nächsten Hauptzahltag, 29. Mai, findet die Abfertigung am selben Weg in der Briefschalterhalle von 8 bis 12 Uhr vormittags statt. Die Alters- und Invalidenrenten usw. werden am 1. und 2. Mai von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr, später nur von 8 bis 12 Uhr vormittags gezahlt. Die Lage der Zahlstelle bleibt unverändert.

— Wie die Bezugscheine ausgefüllt werden müssen. Die Reichsbeleidungsstelle fordert wiederholt mit Nachdruck, daß die Bezugscheine stets als Antragsteller den Namen des Familienhauptes tragen. Dieser Name soll sogar durchgehend werden, wenn auch das Familienhaupt sich z. B. in Ferde befindet. Die Bezugscheine dürfen nicht mehr wie bisher ausgefüllt werden, etwa wie folgt: Frau Martha Schmidt benötigt für sich selbst ein Paar Strümpfe, sondern es muß in Zukunft heißen: Herr Oskar Schmidt benötigt für Frau Schmidt ein Paar Strümpfe. — Jeder Bezugschein, der nicht den Namen des Familienhauptes als Antragsteller trägt, wird von den städtischen Beleidungsämtern auf Grund einer neuen Mitteilung der Reichsstelle unbedingt zurückgewiesen.

— Zeichnungen für die Möbelfürsorge. Der Magistrat schreibt uns: Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß für die zu gründende städtische Möbelfürsorge für Kriegsgewaltete und Kinderbemittelte G. m. b. H. Zeichnungen von Geschäftsanteilen (je 1000 Mark) noch bis zum 30. April entgegen genommen werden. Wir sprechen wiederholt die dringende Bitte aus, sich an dem gemeinnützigen Unternehmen recht zahlreich zu beteiligen. Die Zeichnungen bitten wir unter genauer Angabe der Anzahl der Geschäftsanteile zu je 1000 Mark an das städtische Lebensmittelamt — Möbelfürsorge — zu richten.

— Die Kleider-Kamferr. Es gibt noch Leute, die sich mit Ängsten auch in der Kriegszeit gut versorgen konnten, diese beruhigende Feststellung wurde in einer Hauptversammlung der Schneider-Zwangsinnung zu Köln gemacht. Es wurde mitgeteilt, daß sich mancher Kriegsgewinner zehn Anzüge machen ließ. Von diesen Herren müsse man zunächst eine Bestandsaufnahme über ihre Vorräte verlangen, bevor man dem Geschäftsmann, der mit den Stoffen und Kleidungsstücken Handel treibe, um seinen Lebensunterhalt zu fristen, die Waren beschlagnahme. Ein Schneidermeister führte aus, daß ihm kürzlich von einem Elternpaar elf Posten Stoffe vorgelegt wurden, um einen passenden Stoff für einen Anzug für den Sohn auszufuchen. Das sei aber kein Ausnahmefall. Im Privatbesitz befinden sich große Lager Stoffe. Vor dem Bezugscheinszwang kaufte eine Dame bei einer bekannten Firma von hier auf einmal nicht weniger als fünfzehn Posten. Ob es nur in Köln solche Quiberfänge gibt?

— Die Nationalliberalen zur Wahlrechtsfrage. Der große Vorstand des Nationalliberalen Vereins zu Magdeburg war Dienstag abend zusammengesetzt, um die Wahl der Vertreter für den Freudentag vorzunehmen. Nachdem beschlossen war, daß Magdeburg nur durch solche Herren vertreten sein solle, die sich bereit erklärten, die Regierungsvorlage und damit das gleiche Wahlrecht anzunehmen, wurden Oberleutnant Graf v. Bode, Kaufmann Schneider, Schlossermeister Schneider, Kaufmann Humbert und Justizrat Gutschke als Vertreter gewählt.

— Die Hygiene und Erziehung im Spielalter des Kindes behandelte ein vom Vaterländischen Frauenverein, Provinzialverein Berlin, veranstalteter Vortragszyklus, der acht Einzelvorträge umfaßt. Diese für die Kindererziehung bedeutungsvollen Vorträge hat der Verein im Druck erscheinen lassen, um sie auch weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Sie sind zum Preise von 30 Pfennig für das einzelne Exemplar durch die Geschäftsstelle des Vereins, Berlin W 57, Frobenstraße 1, zu beziehen.

**** Die Anmeldefrist für die enteigneten Däckelken, Fenstergriffe und Draufstöcke** ist am 1. Mai abgelaufen.

— „Höhler“ Straßengugend. Die Klagen über „Verrohung“ der Jugend haben in der Kriegszeit zugenommen. Wer etwa den Mangel an „Jugend“ auf den Nachwuchs der Arbeiterklasse beschränkt glaubt, kann sich jetzt eines andern belehren lassen. In Berlin will der Magistrat für die über 14 Jahre alten Schüler und Schülerinnen der höheren und mittleren Schulen und der Privat- und Handelsschulen Ausweiskarten beschaffen, die sie stets bei sich tragen müssen. Auch die Lehrer dieser Schulen sollen Ausweiskarten erhalten, damit sie das Ansehen ihres Amtes geltend machen können, wenn sie gegen Umgeleitende einschreiten wollen. Von der Stadtverordneten-Versammlung fordert der Magistrat die Bewilligung der Mittel zur Anfertigung der Karten, für dieses Jahr 1000 Mark. In der Begründung sagt er unter anderem, es sei festgestellt worden, daß tatsächlich Angehörige höherer Lehrränge sich auf den Straßen unangemessen, ja auch zuweilen heftig und in besonders gemieteten Räumen an Klubsitzungen beteiligen, in denen unter der Maske der Einübung von Wandergefangen ein ungebundener und zügelloser Verkehr zwischen beiden Geschlechtern gepflegt wird. Die Absicht der Polizei und des Oberkommandos, hiergegen einzuschreiten, beruht auf dem Magistrat zu seiner Maßregel, die für die Kriegsbauer gelten soll. Wer die behaupteten Dinge „festgestellt“ hat, sagt er nicht.

× Gestohlen wurden am 20. d. M. aus einer Wohnung in der Kleinen Storchstraße eine grüne Uhr und eine weiße Bluse; am 21. d. M. aus dem Schrankraum eines hiesigen Theaters ein grünbrauner Mäntel mit Gürtel, ohne Futter; in der Zeit vom 21. bis 24. d. M. aus einer Wohnung in der Auguststraße eine Anzahl neue Damenhemden und Kleider, schwarzes Seidenkleid mit Pelzbesatz, braunes Seidenkleid, weißer Kleiderrock, schwarze und weiße, ein Paar Damenladstiefel (Salamander), Brillantring, Wachsperlenkette, zwei Broschen, goldener Ring mit Perle und zwei Rubinen, desgleichen mit Smaragd und zwei Brillanten, Herrenuhrkette, goldene Schloßkette und ein photographischer Apparat 9 x 12; in der Zeit vom 22. zum 24. d. M. aus einer Wohnung in der Dreieckstraße ein Paar neue Damenladstiefel, eine silberne Handtasche, auf dem Bügel am Verschluss zwei blaue Knöpfe, Damenring mit rotem Stein, ein Paar goldene Ohrringe mit bläulichen Steinen, mehrere Paar schwarze wollene und Florbantenstrümpfe und einige Damenkleider; in der Nacht zum 24. d. M. aus einem Schaufenster in der Kaiserstraße eine große Anzahl weiße gestrickte Damenunterjaden; aus einem Keller im Stadteil Gracac eine Anzahl Gläser mit eingelochtem Fleisch und Würst, Wäpchen mit Fleischextrakt, Schmalz, Salz und Eier. Aus dem Grundstüdt ist vom Vater ein kleiner Handwagen mitgenommen, auf dem die gestohlenen Sachen fortgeschafft sein werden. Der Wagen ist alt und gelblich gestrichen; in der Nacht zum 25. d. M. aus einem Geschäftsraum in der Blumenthalstraße eine goldene Herrenremontuhr mit goldener Kette, auf dem hintern Deckel befindet sich ein Wappen; große Anzahl Glühbirnen für Taschenlampen, eine Offiziers-Beleuchtung, Kronenleuchte, Jubiläumszweimarkstück, Mafierapparat mit zwei Klängen; mehrere Kisten Zigaretten und Zigaretten sowie Eier, Zucker und Mehl; in der Nacht zum 26. d. M. aus einem Stall in der Eberdorfer Straße ein Hahn, 15 Hühner und drei Enten.

— Feuer. Am Freitag morgen gegen 4 Uhr entstand im dritten Obergeschloß des Vordergebäudes Feldstraße 21 ein Deckenbrand, welcher von dem Löschiug der Feuerwache Budau nach kurzer Tätigkeit gelöscht wurde.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Konzerte. Ein Wohltätigkeitskonzert für die Hinterbliebenen des Ende-Regiments fand in der „Stadtmission“ statt. Zwei Angehörige des Regiments wirkten mit, wie die offizielle Voranzeige mitteilte, der Kanonier Ninken und der Hofopernsänger Weiner aus Stuttgart; außerdem zwei junge Damen, die Rezitatorin Elisabeth Wode und die Sopranistin Mary Wark aus Berlin. Hoftantor Ninken ist uns schon seit längerem als guter Künstler bei allerhand Wohltätigkeitsbestrebungen bekannt, desgleichen Fräulein Wode, die schon öfter in Erscheinung trat. Die heutigen Leistungen beider entsprachen wieder den freundlichen Erwartungen, die man an sie geknüpft haben dürfte. Ihre Neuheiten im Programm gaben diesem einen angenehmen Wert. G. Weiner, der zum erstenmal hier sang, hat einen ausgesprochen lyrischen Bariton, der in der „Tannhäuser“-Musik sehr schön zur Geltung kam. Fräulein Wark ist wohl noch neu. Die Lieber, die sie sang, berechtigten sie zu einer kommenden Betätigung im Konzertsaal. — Einen zweiten Langabend veranstaltete Greil Wittig-Sedlmayr mit ihrer Tanzschule. Das Programm bewegte sich im ganzen in der Richtung des ersten Abends. Der gleich starke Erfolg rechtfertigte den Entschluß, dem ersten Abend diesen zweiten mit einem gleich schönen Programm folgen zu lassen.

Mit Fritz Dub, der sich gestern abend offiziell von uns als Othello verabschiedete, scheidet ein Künstler von uns, der eine kleine Reihe von Jahren den Helldentenor-Partien des Stadttheaters einen eignen, schönen und starken Stempel aufdrückte. Sein kraftvolles, männliches und ausdauerndes Organ prädestinierte ihn für ausgesprochene Helldentorpartien, trotzdem es die lyrischen Seiten dieser Partien mit gleich dankenswertem Erfolg zur Geltung brachte. Dazu kam ein raffines Darstellungsvermögen, das in inhaltlich weit auseinanderliegenden Rollen mit gleich gleichzeitiger Wirkung sich betätigte. Der gestrige Abend bewies wieder, daß der Künstler einen großen Kreis ernster Verehrer besitzt, die seinen Fortgang sehr bedauern und ihm ein bleibendes, herzliches Andenken bewahren werden, ungeachtet der hitzigen und nicht mißzuerkennenden Bestrebungen gewisser Kreise, ihm seine hiesige Tätigkeit durch fortgesetzte Anfeindungen jeztlich zu erschweren. Sein Nachfolger wird es, rein künstlerisch betrachtet, nicht leicht haben, denn der Fundus an künstlerischem Material war bei Fritz Dub kein geringer. So nimmt uns nun Königsberg den zweiten verdienstvollen Künstler. Möge sich für ihn dort, wie mit Recht erwartet werden kann, eine günstigere Perspektive aufstan. Mit vielen Vorbeeren konnte der Künstler sich am Schluß der Vorstellung unter fortdauerndem Beifall endlich endgültig verabschieden.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Sonnabend: „Maria Magdalene“. Sonntag nachmittag (Sondervorstellung für die Küstungsindustrie): „Die Hauerlecher“, abends: „Meine Frau, die Hofopernsängerin“. Montag und Dienstag: „Die Reiterjäger von Nürnberg“. Mittwoch: „Wanna von Barnhelm“. **Walhalla-Theater.** „Europas Jagdabenteuer“, Zauberposse in 4 Akten von Nestrov, kommt heute zum erstenmal zur Aufführung. Den Schneider Zwirn spielt als Gast der beliebte Komiker Willi Wilhelm. **Kirchliche Wöchentliche Magdeburger Arbeiter aus allen Lagern.** Aussprache-Abend des Magdeburger Gemeindegats Freitag den 28. April, abends 8 Uhr, im obern Saale der „Reichshalle“. Gäste willkommen. 288

Kleine Chronik.

Standrechtlich erschossen.

Der Schußfabrikant Otto Gebhardt aus Pirmasens, der vom Standgericht in Zweibrücken wegen Raubmordes an dem Kaufmann Löwenthal aus Berlin zum Tode verurteilt worden ist, wurde, nachdem sein Begräbnisgesuch abgelehnt worden war, Donnerstag früh 6 Uhr in Zweibrücken standrechtlich erschossen. Die geraubte Summe von 40 000 Mark ist bis heute nicht gefunden worden.

Ein 17jähriger Mörder.

In Berlin wurde vom Landgericht der 17jährige Ruffenlehrling Karl Drachholz wegen Mordes und bestohlenen Schmiedes zu 8 Jahren 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hat im November die Prostituierte Roziminski in deren Wohnung durch zwei Dolchstiche getötet, um sie zu berauben.

Erdbeben in der Schweiz.

Am Mittwoch nachmittag wurde in der ganzen Nordost- und Südostschweiz ein starkes Erdbeben verspürt, dessen Herz sich in Norditalien in der Gegend von Bergamo und Gardasee befunden haben muß.

So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Laanus von Fritz Kugel.

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als Georg nach einer geraumen Weile sich emporrichtete, war er allein. In der gemütlichen Stube der Schmittenbas war es fast vollständig dunkel geworden, so daß die Umrisse der altertümlichen Möbel kaum zu erkennen waren. Eintönig dumpf klickte die im Winkel stehende große Schrankuhr, gemütlich summte der große, aus der Hinterwand ragende Ofen; einige grelle Strahlengarden fielen aus seinem untern Teil auf den weißgeputzten Fußboden und halbverwehte Laute von Menschenstimmen drangen aus der anstoßenden Küche herein. Begierig lauschte Georg den verschiedenen Tönen, bestete forschend seine Blicke auf den am Boden spielenden Feuerstein, auf die sich in matter Helle von der gegenüberliegenden Wand abhebenden Bilder, als wolle er sich vergewissern, ob denn alles Wirklichkeit sei, was er in dieser Stunde erlebt und erfahren. Ein solcher Sturm der verschiedenartigsten Empfindungen hatte noch niemals sein Innerstes durchdrungen. Qualender Zweifel an der Nützlichkeit des Vaters, banges Hoffen auf die Erfüllung seiner heißesten Wünsche, Empörung über das von der Mutter Mahdens an ihn gestellte Ansuchen, — alles wogte ihm durcheinander und raubte ihm jede Fähigkeit, seinen eignen festen Willen zu behaupten. Was sollte er tun, um sich aus diesem Zwiepalt zu lösen und doch sein Gewissen rein zu erhalten? Wenn der Inhalt des verhängnisvollen Briefes in die Öffentlichkeit kam, dann war der Name seines Vaters, sein eigner Name gebrandmarkt für alle Zeiten! Galt auch die Angabe der Schreiberin nicht als Beweis für den Meineid, und war die Straftat als solche möglicherweise verjährt — in der öffentlichen Meinung war der Vater gerichtet, das Verbrechen, dessen man ihn im ge-

heimen bezichtigte, war dann in den Augen aller vollgültig erwiesen! Konnte er, der Sohn, den Vater preisgeben? Winkte ihm nicht das erträumte Glück an der Seite jenes holden Wesens — war ihm dies Glück nicht als Preis gehalten worden, wenn er von dem geraden Wege, der ihm Richtschnur für sein Leben war, nur um ein kleines abwich?

Mit dumpfem Schläge verkündete die Uhr im Winkel die fünfte Stunde. Erschrockt fuhr der Sinnernde zusammen und sah sich scheu um, als befürchte er, daß jemand seine geheimsten Gedanken belauschen könne. Wie ein Dieb, der jede Begegnung mit Menschen scheut, schritt er dann leise auf den Behen durch das Zimmer, klinkte vorsichtig die Tür auf und verließ eilig das Zimmer.

9. Kapitel.

Der Nebel grösstes aber ist die Schuld.

Trotz der emsigen Nachforschungen, welche die Behörden in dem gegen Ludwig Hissenauer angefügten Verfahren anstellten, gelang es ihnen nicht, unwiderlegliche Beweise für die Schuld des Angeklagten ausfindig zu machen. Weder in dem Hissenauerischen Hause, noch in der Wohnung des Hannes Bachmüller, wo ebenfalls Hausdurchsuchung gehalten wurde, fand sich ein Gewehr vor; ebensowenig in der Nähe des Laborates, wo Forstwart Höfel mit seinem Schweißhund jeden Winkel im Walde durchstöberte. Der einzige Zeuge, der belastend ansagte, war Förster Gebhardt, der immer noch nicht vollständig hergestellt war; doch auch er sprach nur seine durch vorherige Beobachtungen unterstützte Ueberzeugung aus, daß der von ihm angerufene Wildhieb Ludwig Hissenauer gewesen sei, ohne dies jedoch beschwören zu können. In dem Dämmerlicht des Wintermorgens hatte der Förster den flüchtenden Wildhieb gerade in den Fichten verschwinden sehen, ohne ihn genau zu erkennen. Gleich

darauf trachtete der Schuß aus dem Gehölz und die Stugel riß ihn, den Verfolger, zu Boden.

Die Ausjagen der übrigen Zeugen waren von weniger Belang. Alle, die vor den Untersuchungsrichter geladen waren, der Bürgermeister, der Forstwart Höfel, Georg Berger, der alte Knecht Lorenz und die Knechte und Mägde des Hissenauerischen Hauses wußten nichts anzugeben, was der Behörde als Handhabe zur Ueberführung des Angeklagten hätte dienen können.

Wie üblich, hatte sich der Untersuchungsrichter eingehend über den Leumund der verschiedenen Zeugen erkundigt und dabei von dem Bürgermeister erfahren, daß zwischen den Familien Hissenauer und Berger seit Jahrzehnten ein feindseliges Verhältnis bestand; das gab Veranlassung dazu, daß Georg Berger als besangenen betrachter und in der Voruntersuchung unvereidigt vernommen wurde. Uebrigens waren seine Ausjagen ganz belanglos, da sie sich vollständig mit denen des alten Lorenz und des Forstwarts Höfel deckten.

So stand die Sache des sich in Untersuchungshaft befindenden Ludwig Hissenauer eigentlich nicht schlecht. Es kam eben darauf an, welchen Wert der Aussage des Försters Gebhardt in der Hauptverhandlung seitens des Gerichts beigelegt wurde. Konnte der Förster auch dann nicht beschwören, daß Ludwig Hissenauer der Täter gewesen sei, oder konnte er keine glaubwürdigen Umstände anführen, welche die Täterschaft des Angeklagten höchst wahrscheinlich machten, so war aller Voraussicht nach ein Freispruch wegen mangelnden Beweises zu erwarten.

Da die Besserung in dem Befinden des Hauptzeugen, Förster Gebhardt, nur langsam vorwärts schritt, so mußte die für Anfang März vor dem Schwurgericht anberaumte Verhandlung vorläufig vertagt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Bieberitz, 26. April. (Fahnerdiebe.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch sind aus mehreren Ställen der Kaiserstraße ungefähr 40 Fahner und eine Anzahl Enten gestohlen...

Burg, 26. April. (Stadtvorordneten-Sitzung.) Die neugewählten Stadtvorordneten Voigt, Müller, Dehmer und Simm wurden eingeführt. Bürgermeister Schmelz wurde mit 21 von 25 Stimmen wiedergewählt. Das Gehalt wurde auf 9000 Mark festgesetzt...

(Städtischer Lebensmittelverkauf.) Auf Bezugsabschnitt Nr. 26 des Lebensmittelverkaufs entfallen Gruppen, Einzelstücke 150 Gramm; Preis für 1 Pfund 36 Pfennig.

Wahlkreis Bolmitz-Nienhaldensleben.

Nienhaldensleben, 26. April. (Sitzung für Frauen.) Das Gemeindefrauenrat und die kreisamtliche Frauenvereinsstelle veranstalteten am Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, in der Frauenbildungsstätte einen Vortrag für Frauen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Wahlkreis Oßchersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 26. April. (Ergebnis der Wahl.) Das städtische Wahlamt hat mitgeteilt, dass die Wahl der Stadtverordneten im Wahlkreis Oßchersleben-Halberstadt-Wernigerode am 17. April abgehalten wurde.

erfolgen können, die nach einer Bestimmung der Reichsbekleidungsstelle aber nur gegen Bezugschein zulässig sind, wird noch einige Zeit vergehen.

(Französische Kriegsgefangene befreit.) Die Arbeiter Otto Gärtner und Karl Walster in Großengedersleben entwendeten französischen Gefangenen aus einer in der Stube der Gefangenen stehenden verschlossenen Kiste Biskuits, Fisch- und Fleischkonserven und Seife.

(Anmeldung zur Landstammrolle.) Die Angehörigen des unangesehnten Bundes Nr. 1. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. März 1901 bis 30. April 1901 geboren sind, haben sich am 1. Mai vormittags von 8 bis 12 Uhr im Militärbüreau...

Wernigerode, 26. April. (Schwerer Unglücksfall.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch auf dem Güterbahnhof der Harzquerbahn. Der Bahnmeister Reichle wollte die Gleise überqueren und blieb mit einem Fuße in den Schienen stecken.

(Anmeldung der Freizeitanlagen.) Alle Grundstückeigentümer, Bewirtschaftler oder deren Stellvertreter fordern der Magistrat auf, Größe und Lage der Freizeitanlagen bis 27. d. M. mündlich oder schriftlich im Lebensamtsamt...

(Das städtische Kohlenamt) gibt bekannt, dass die Festsetzung der Brennstoffmengen, um die Winterzeit abzukürzen, streifenweise vorgenommen wird. Die Reihenfolge wird im Amtsblatt veröffentlicht.

(50 Gramm Feinseife pro Kopf.) Als Ersatz für die kürzlich von 250 auf 125 Gramm herabgesetzte Seifenpulvermenge gelangen 50 Gramm Feinseife zur Verteilung.

(D diese Städtischen) Im Harzort Stiege wurde das Unterholz an die Einwohner abgegeben. Der Preis wurde in diesem Jahre um etwas erhöht. Er beträgt für Buchenholz das Meter 4,50 Mark, Ahorn 3,50 Mark...

Wahlkreis Salze-Wischerleben.

Wischerleben, 26. April. (Lebensmittelausgabe.) Nebenamtlich auf Abchnitt 66c der Lebensmittelkarte, 1/2 Pfund 13 Pfennig bei Vorhanden (Jollberg), Backwaren (Kornstraße), Junke (Rühlstraße), Holz (Hohes Tor) und Grünzeug (Unterstraße).

(Carloffeln.) Die Ausgabe der Zulagekartoffeln (50-Pfund- und 1-Pfund-Karten) erfolgt bei trübem Wetter an den Wärdern.

(Ermittelt.) Die am 21. d. M. auf der Bahnhofsstraße in Salze durch Überfahren getötete weibliche Person ist als die ledige Elli Adam aus Schafleben ermittelt worden.

Wernigerode, 26. April. (Vollversammlung.) Am Sonntag findet eine Mitgliederversammlung in Begeners Lokal statt. Die wichtige Tagesordnung erfordert dringend zahlreiches Erscheinen.

Dachau, 26. April. (Sich selbst angesetzt.) Der Schenkermeister Schmidt aus Berlin-Regel war aus der Polizeiverwaltung in Hüttenberg zurückgekehrt, fand aber bei seiner in Dachau wohnenden Mutter keine Aufnahme. Die Nacht vom 18. Oktober verbrachte er im Hotel des Bahnhofs und schlief dort.

eine braune Ledertasche. Der Diebstahl blieb unentdeckt, bis jetzt Schmidt gegen sich selbst Anzeige erstattete. Er gab an, daß er die Tasche lediglich genommen hätte, um Lebensmittel zu erlangen.

Schönebeck, 26. April. (Öffentliche Versammlung.) Wir verweisen nochmals auf die am Sonnabend im „Stadtpark“ stattfindende öffentliche Versammlung, die zu einer wirkungsvollen Demonstration für das gleiche Wahlrecht in Preußen werden muß.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 26. April. (Sozialdemokratischer Verein.) In der Mitgliederversammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, gab der Kassierer den Kassenbericht des 1. Vierteljahrs. Danach hatte der Verein eine Einnahme von 494 Mark, Ausgabe 488,05 Mark.

(Der Eierverkauf.) Der am 25. April stattfinden sollte, erfolgt später.

(Krankengebäude.) Wer bei den Wärdern Krankengebäude beziehen will, muß seine Karten dazu von der Behörde absteampeln lassen.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 26. April. (Diebstahl.) In Kloster-Neuen-dorf liegen Diebe bei dem Landwirt Börges durch das Kellerfenster ein und erbeuteten dort eingetragene Wägenwerkzeuge und Geräte. Bei dem Grundbesitzer Wichmann brachen die Diebe ebenfalls durch das Kellerloch ein, wo ihnen zwei Beute in die Hände fielen.

(Fleischverkauf.) Am Sonnabend findet auf dem städtischen Schlachthof der Fleischverkauf wie folgt statt: Von 8 bis 9 Uhr 1 bis 600, 9 bis 10 Uhr 601 bis 1000, 10 bis 11 Uhr 1001 bis 1400, 11 bis 12 Uhr 1401 bis 1900, 12 bis 1 Uhr 1901 bis 2500.

(Verstrafungen.) Wegen Verweigerung der Hilfsdienstpflicht ist der Köhler Hermann Hadenholz mit 24 Tagen Gefängnis und der Viehhändler Paul Schilling wegen verbotenen Viehankaufs zu 250 Mark Geldstrafe evtl. 50 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Bereins-Kalender.

Männer-Turnverein Salze-Wischerleben. Am Sonnabend den 27. April, abends 8 Uhr, Versammlung. Zentralverband der Pötker. Sonnabend den 27. April, abends 8 Uhr, Versammlung in Salzeberg 9.

Wettervorhersage.

Sonnabend, 27. April: Bewölkt, mäßig warm, stellenweise Gewitterregen.

Haar, Zahnarzt Freytag, Bettläsungen, Zahnarbeiten in Korkleiste.

Albernen Hochzeit, Wilhelm Zeising und Frau.

August Thiele, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Wilhelm Heinicke, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Martha Heinicke geb. Dreyer, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Hermann Schleicher, im 22. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Herrmann Schleicher und Frau Auguste geb. Kiesel, Mann Senje, Witten.

Otto Lehmann, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Anna Emma Lehmann als Witwe, Ida, Willi und Maria als Geschwister, Ida Elise als Witwe.

Kraft Arbeiter, J. J. Glorius, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Geübte Maschinenstopferinnen gesucht Rogauer Straße 11, Hof links.

20-30 Tischler mit Erfahrungen im Flugzeugbau sofort gesucht.

Süchtige Schlosser und Blechschmiede für dauernde Beschäftigung gesucht J. C. Petzold.

Maurer P. Müller, Schützenstraße 22.

Maurer, Erd- u. Bauarbeiter 650 für Wilhelmstadt und Neustadt gesucht Gustav Stieger, Agnetenstr. 11/12.

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Heintz Gose, Augustastr. 40.

Erdarbeiter P. Müller, Schützenstraße 22.

Gasträger, Zentrifugenarbeiter sowie sonstige Arbeiter (auch Urlauber) E. C. Helle, Zuckerraffinerie, Halberstädter Straße 15.

Tüchtige Akkordarbeiter (Sackträger), auch Urlauber Paul Siebert, Expeditionsgefäß.

Kraft Arbeiter, J. J. Glorius, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Kraft Arbeiter, J. J. Glorius, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Kraft Arbeiter, J. J. Glorius, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.

Kraft Arbeiter, J. J. Glorius, im 25. Lebensjahr am 22. März bei einem Sturz durch einen Stein getötet.